

1676 Juni 30., Regensburg

A

SCHREIBEN DER ZU REGENSBURG AM REICHSTAG VERSAMMELTEN RAETE UND  
GESANDTEN DER KURFUERSTEN, FUERSTEN UND STAENDE DES  
ROEMISCHEN REICHES AN DIE XIII ORTE

EA VI 1, 1014 h

Aus ihrem am 12. Mai an den Reichstag gerichteten Antwortschreiben hätten Kurfürsten und Stände ersehen, dass die eidg. Orte in gutem Einvernehmen mit dem Röm. Reich leben wollten und es keineswegs zuliessen, dass ihre unter franz. Fahne dienenden Truppen gegen das Reich geführt würden. Sollten trotzdem eidg. Soldaten gegen sie eingesetzt worden sein, so sei dies gegen ihren, der eidg. Orte, Willen geschehen, und sie würden alles daran setzen, diesem Uebelstand abzuhelpfen. Zudem sei Frankreich - so hätten sie in ihrem Brief des weitern festgehalten - seit Kriegsbeginn der Aufbruch von nur ganz wenigen eidg. Kompagnien gestattet worden.

Leider aber müssten Kurfürsten und Stände feststellen, dass diese ihre Beteuerungen keineswegs der Wahrheit entsprächen, hätten sie doch zuverlässige Nachrichten, wonach *"bey der königcklichen Franz. Armae in Niderlandt dass fuossvolckh guotten theilss auss der Schweitz seye"*. Auch seien für die Eroberung der span. Städte und Festungen in [der Freigrafschaft] Burgund nicht nur franz. Truppen verwendet worden. Das gleiche sei z.B. bezüglich der Bestürmung von Condé [-sur-l'Escaut] und anderer Plätze während dieses und früherer Feldzüge zu melden. Bekanntlich sei aber [die Freigrafschaft] Burgund ein *"Reich[s]mitglied"*, welcher Status auch im [1648] mit Frankreich zu Münster abgeschlossenen Frieden bestätigt worden sei. Deshalb dürfe Burgund die gleichen Rechte wie die übrigen Reichsmitglieder beanspruchen.

Schon in einem früheren Schreiben habe man sie darauf aufmerksam gemacht, dass das Reich nur dann *"unbeschädigt"* bleibe, wenn die Orte nicht nur keine Werbungen mehr gestatteten, sondern auch sämtliche zur Zeit in Frankreich befindlichen Mannschaften - nach glaubwürdigen Informanten solle es sich dabei um 20'000 und

mehr Mann handeln - zurückberiefen. Denn wenn diese Söldner auch nicht auf Reichsboden eingesetzt würden, so könne Frankreich diese doch gut für die Sicherung seiner eigenen Plätze verwenden und dadurch vermehrt eigene Leute für den Kampf gegen das Reich freistellen. Uebrigens sei ihr, der eidg. Orte, Bündnis mit Frankreich zur Zeit ohnehin nicht sehr hoch einzuschätzen, sei doch zu bedenken, dass Frankreich das Röm. Reich ohne jeden Grund angegriffen habe, "gestalten solches die erstlich mit abreumung [?] der Reinbruckhen zu Strassburg, gefencklicher hinwegschleppung ohnemitelbare Reichsständen, ruinierung deren Zum Reich gehörigen Wein Stätten in dem Elsass, so dann nachgehendts in dem Clevischen Chur Treyer undt Chur Pfälzischen [= Pfalz] landen, wie auch vor[an]geregte Burgundische Kreiss undt mer anderen Orthen mit belägern undt innämung unterschiedlichen plätzen und Stätten, umbwärfung der Wähllen, mauren, mordt, raub undt brandt ... verderbt undt noch ihmerfordt insonderheit an dem Rhin, Mosel undt Maass Continuiierend, gewaltthaten genuesamb an tag legen".

Aus diesen Darlegungen gehe für sie eindeutig hervor, dass Frankreich "bey ietzmalligem wider das Rich angefangne offensive Krieg mer angezogner Pündtnus [mit den eidg. Orten], also welche mit des Reichs ausstruckhentlicher exception, auch in übrigem bloss auff eine Defension wider unbillichen gvalt gehet [sich] nit bedienen könne".

Deshalb bitte man sie - dies auch im Hinblick auf die Friedensschlüsse von Münster und Osnabrück -, Frankreich keine Werbungen mehr zu gestatten und ihr bereits in franz. Diensten stehendes Volk zurückzurufen. Dergestalt könnten sie einen wesentlichen Beitrag zu einem baldigen Frieden [gemeint den von Nymwegen 1678/79] leisten. Aus diesem Grunde erwarte man, dass - wie dies einzelne Orte schon getan hätten - anlässlich ihrer demnächst stattfindenden Tagsatzung [in Baden] eine entsprechende Erklärung [aller XIII Orte] abgegeben werde.

---

Kopie

AH 34, 213-214 - Blatt 214<sup>V</sup> leer